

Neue Kreuzung unerwünscht

„Biireng21“ bezieht Stellung zur „Lidl“-Anbindung

Düdelingen. Die Stadteinfahrt aus Richtung Bettemburg entlang der N31 sorgte in den vergangenen Wochen und Monaten für einen erheblichen Verbrauch an Druckschwärze. Zuletzt erklärte Bürgermeister Dan Biancalana im LW vom 9. Juli, die künftige Anbindung des geplanten Discount-Supermarktes an die Nationalstraße via eine neu zu bauende Kreuzung.

Daraufhin meldeten sich Mariette Ley und Jean-Jacques Muller von der Bürgerinitiative „Biireng21“ dieser Tage erneut zu Wort. Man teile die Ansichten des Bürgermeisters in Bezug auf einen möglichst „spürbaren Stadteingang“ und man zweifele auch nicht an der Nachfrage nach Niederlassungen von Händlern und mittelständigen Betrieben. Allerdings sähe man die lieber auf der west-

lichen Seite der N31, als auf der östlichen – mit anderen Worten, nicht auf der Büringer, sondern auf der Budersberger Seite des PAP „Helper“.

Dies würde in den Augen von „Biireng21“ auch die angedachte Kreuzung beim geplanten „Lidl“-Supermarkt überflüssig machen. „Wir wollen, dass die Anbindung ab der Autobahnauffahrt entlang des Staatslaboratorium erfolgt und nicht über diese neue Kreuzung“, so Jean-Jacques Muller.

Auch stört sich „Biireng21“ an der Darstellung, die Gedanken zu einer möglichen Verbreiterung der N31 befänden sich erst in einer embryonalen Phase. „2024 soll die Erschließung beginnen. So embryonal ist das also gar nicht mehr, das ist schon eine ausgewachsene Schwangerschaft“, so Mariette Ley.

Die Vertreter der Bürgerinitiative unterstreichen, dass sie nicht aus Prinzip gegen alle Vorschläge seien. Beispielsweise würde die Idee einer Unterführung bei der Büringer Eisenbahnschranke ihre Unterstützung finden. So sei der Dialog mit Ministerium und Gemeinde durchweg positiv. Auch wenn es nach der Dreiparteiensitzung vom 4. Juli ein offensichtliches Missverständnis um einen Pressefotografen gegeben habe (vergleiche LW vom 5. Juli), was aber nicht auf ein Manko an Verständnis für die Pressefreiheit zurückzuführen sei. Vielmehr sei man falsch informiert gewesen und habe das Ministerium nicht verärgern wollen, als man den von der Presse nach Absprache mit dem Ministerium entsendeten Fotografen aufgefordert hatte, unverrichteter Dinge zu gehen. (L.E.)